

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: 20 Pf. monatlich, 2,40 M. vierteljährlich, 8,40 M. halbjährlich, 16,80 M. jährlich. / Die Postämter sind verpflichtet, das „Wilsdruffer Tageblatt“ zu abonnieren. / Die Postämter sind verpflichtet, das „Wilsdruffer Tageblatt“ zu abonnieren. / Die Postämter sind verpflichtet, das „Wilsdruffer Tageblatt“ zu abonnieren.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 259.

Mittwoch den 6. November 1918.

77. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Aufhebung des Markenzwanges für Ziegenfleisch.

§ 1 Punkt 1 der Verordnung, die Regelung des Fleischverkehrs betreffend, vom 8. April 1916 (Sächs. Staatszeitung Nr. 79) erhält folgende Fassung:

1. das Fleisch von Rindern, Kälbern, Schafen und Schweinen, sowie die zum menschlichen Genuß bestimmten Eingeweide dieser Schlachtviehe, frisch, gepökelt oder getrocknet, auch in Form von Würst, Sälzen oder in anderen Zubereitungen.

Der Schlußsatz von Punkt 1 „zu § 1“ der Ausführungsverordnung zur Reichsfleischverordnung vom 6. September 1916 (Sächs. Staatszeitung Nr. 209) „Ziegenfleisch bleibt wie bisher dem Markenzwang unterworfen“, kommt in Wegfall.

§ 4 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Ziegen- und Ziegenfleisch vom 27. März 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 76) wird aufgehoben.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.
Dresden, am 1. November 1918.

4811 V LA III

Ministerium des Innern.

Am 7. November Abgabe von **Kunsthonig** auf rote, blaue und gelbe Nährmittelfarben Abschnitt 2 b je 1/2 Pfund für 18 Pfennige.
Am 7. November **Nährmittelabgabe** gegen Abtrennung des Abschnittes 2 a, 100, 150 und 250 Gramm Brauereis, das Pfund 44 Pfennige.
Am 6. November **Frische Bäcklinge** bei Dampfisch, graue Karten Nr. 751—1050 je 1 Stück für 36 Pfennige.
Wilsdruff, am 5. November 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Grumbach.

Der unterzeichnete Gemeindevorstand hat vom 6. November 1918 ab folgende

Geschäftsstunden

eingeführt: Es ist geöffnet:

Gemeindeamt: 8—12 und 2—6 Uhr, Sonnabends 8—2 Uhr.
Königl. Standesamt: 2—4 Uhr, Sonnabends 12—2 Uhr.
Steuer-Einnahme und Gemeindekasse: 8—12 Uhr, nachmittags geschlossen.

Sämtliche Verwaltungsstellen bleiben Sonnabends und an den Tagen vor Feiertagen von nachmittags 2 Uhr ab, an Sonn- und Feiertagen aber ganz geschlossen.

Grumbach, am 5. November 1918.

Der Gemeindevorstand.

Der feindliche Durchbruchversuch zwischen Schelde und Dije gescheitert.

Die gemeinsame Gefahr.

Gibt es noch eine Frage, ein Menschheitsgut, in dessen Schutzbedürftigkeit Einmütigkeit besteht oder wenigstens bestehen möchte zwischen allen Völkern, auch denjenigen, die sich jetzt noch in blutiger Fehde gegenüberstehen? Wir brauchen nur nach Rußland zu sehen und nach den Ausstrahlungen, die sich von dort über die Grenzen der Nachbarländer ergießen, um den Feind zu erkennen, den wir alle gemeinsam haben und gemeinsam bekämpfen müssen: den Bolschewismus.

Weshalb noch ein leeres Hirnspiel unverständlicher, wirtschaftsfremder Geister, ein Stabenhoch-Projekt jugendlicher Fanatiker, die von brutaler Hand aus dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft ausgerodet waren, hat er heute ganz Rußland in seinen Bann geschlagen und Feuer durch diesen Erfolg ermutigt, auf nichts geringeres los als auf die Weltrevolution. In Rußland ist es ihm gelungen, jeden aktiven Widerstand gegen seine Alleinherrschaftsgelüste zu zerbrechen. Die alten Mächte: Adel, Bürgertum, Gelehrtheit sind einfach vom Schauplatz der Gegenwart verschwunden, die Trümmer der Armee wurden den neuen Gewalten dienbar gemacht, und wo sich auch nur die leisesten Ansätze zur Auflehnung, zur Wiederbelebung der alten Staatsform, zur Wiederaufrichtung der alten geistlichen Kräfte zeigten, da wurde augenblicklich mit einer Rücksichtslosigkeit, einer Grausamkeit, an die selbst die Helikenten eines Ivan des Schrecklichen nie at heranreichten. Jetzt, ein Jahr nach dem Siege dieser neuesten Sorte von Volksbeglückung, ist man wirklich so weit in Rußland, daß nur noch die Todesstrafe die Aufrechterhaltung der Bolschewistenherrschaft ermöglicht. Und zwar die Todesstrafe der täglichen Massenexekution, verhängt und gehandhabt von sogenannten außerordentlichen Kommissionen, die völlig unkontrolliert ihres Amtes walten, deren Zusammenziehung jeder Willkür, jeder Befriedigung persönlicher Rachegefühle den Weg freimacht und deren Taten schon so sehr zum Himmel schreien, daß man selbst in Moskau anfangs bedenklich zu werden. Als Übergangserscheinung aus einer verrotteten Zeit in eine neue menschliche Ordnung hätte man sich dieses jeder Gerechtigkeit bahnweisende Treiben allenfalls eine Weile gefallen lassen müssen. Nun aber, da es offenbar den eigentlichen Weltenszug des Bolschewismus darstellt, soll, muß jedes Land, das noch etwas auf sich hält, dazu Stellung nehmen. So ist es zu verstehen, daß die deutsche Regierung jetzt die Reste ihrer von Moskau nach Bleslau zurückgezogenen Gesandtschaft auch von dort abberufen, das heißt also: auf jede diplomatische Beziehung zu den Herren Lenin und Trotzki verzichtet hat, die ja auch ihrerseits die dritte, am 31. Oktober fällig gewesene Notensammlung an Deutschland unterlassen haben, ebenso wie sie bisher die feierlich angekündigte Sühne für die Ermordung des Grafen Wirbach und immer noch schuldig geblieben sind. So werden wohl auch die Berliner Tage des Herrn Joffe gescheitert sein.

Aber der Bolschewismus ist wie eine Seuche. Wie eine politische Grippe droht er ganz Europa mit seinen Bazillen zu überziehen. Rußland ist in Österreich-Ungarn

die alten Bande der staatlichen Ordnung gelöst, so sehen wir ihn dort auch schon in seiner ganzen Unverwundbarkeit in die Erscheinung treten. In Budapest wurde Graf Tisza von einer Art Soldatenrat kurzerhand erschossen. Die Minister, die eben erst dem König den Treueeid geleistet hatten, wurden binnen 24 Stunden gestürzt, diese Schwurleistung rückgängig zu machen — so ist wäre „das Volk“ über sie einfach zur Tagesordnung übergegangen. Die von der Front zurückströmenden Soldaten werden mit schwülstigen Armeebefehlen empfangen, in denen ihnen vorgeordnet wird, daß sie sich um den — ewigen Frieden verdient gemacht hätten. Ganz deutlich zeigen sich die Vorläufer der Bolschewisten, und so sehr Graf Karolyi sich auch Mühe gibt, ihr entgegenzuwirken, die Geister, die er gerufen hat, um selbst die Hand auf das Steuer der Staatsregierung zu legen, können, die wird er jetzt schmerzlich leichtes Kaufes wieder los werden. Ebenso stehen die Dinge in Österreich. In Wien sind am Sonntag Arbeiter- und Soldatenräte ins Leben getreten, mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung, aber sie wären auch ohne diese ungewöhnlich gewählt worden. Aus der Not wird eben eine Tugend gemacht, man hofft, die Bewegung so noch einigermaßen in der Hand behalten zu können. Das Beispiel des Kaisers Karl lehrt zur Genüge, wie eitel diese Spekulationen sind. In Deutsch-Osterreich wenigstens scheint alles zur Anarchie hinzubringen. Die Tschechen haben ihre Leute besser in der Gewalt — bis auf weiteres. In Polen brodelt es auch gefährlich in den Ecken der Gesellschaft, die Ukraine wird nur noch durch die Anwesenheit deutscher Truppen vor neuen Erweiterungen bewahrt, kurz: wo die Ordnung sich auflöst, erhebt der Bolschewismus sein Haupt. Eine wahre Geißel der Menschheit, die, wenn erst der Kanonendonner vollends zum Schwallen gebracht ist, nichts dringender brauchen wird als Ruhe und Ordnung, um die blutenden Wunden einigermassen ungestört wieder aufheilen zu können.

Das gilt auch für die Völker der Entente. Ihr Sieg wird so schwer erkauft sein, daß sie nicht hoffen dürfen, keine Kosten sich einfach von den Unterlegenen erlassen lassen zu können. Auch sie werden frisch ans Werk gehen müssen, um wieder aufzubauen, was in diesen schweren Jahren des Kampfes zerstört worden ist, und auch auf ihrem Wege wird der Bolschewismus als feindliche Macht auftreten. Er wird erst einmal überwunden werden müssen, wenn die aus den Fugen geratene Welt wieder in Ordnung kommen soll. Hier wird ganz Europa zusammenstehen müssen; sonst wird es des Unpurses nicht wert werden.

Der Bolschewismus und Rußlands Vertretung.

In einem längeren Artikel rechtfertigt die Nordd. Allg. Ztg. ihre Haltung gegenüber dem Bestreben der russischen Regierung, in Deutschland dem Bolschewismus den Weg zu ebnen. Das Blatt erklärt, daß die Presse- und Nachrichten über die Stellung der Berliner russischen Vertretung zu diesem Versuch überleiten, aber unbewiesen seien und fügt hinzu: Wenn allerdings, wie nicht zu leugnen ist, in der letzten Zeit maßgebende russische Regierungsvertreter augenscheinlich der Ansicht geworden sind, daß die gegenwärtige Lage Deutschlands ihnen ein Über-

schreiben der Grenze internationaler Korrektheit gestatte, und aus diesem Anlaß Gedanken über eine Ausdehnung ihrer revolutionären Praktiken auf Deutschland aufkommen, die dort an eine Einmischung in innere deutsche Verhältnisse streifen, so tritt an die deutsche Regierung die Aufgabe heran, zu prüfen, welche Folgerungen sie etwa aus solchem Verhalten hinsichtlich unserer Beziehungen zu der bolschewistischen Regierung zu ziehen hat. Und wenn tatsächlich Beweise vorliegen, daß die Berliner russische Vertretung oder sonstige amtliche Persönlichkeiten in Deutschland den Rahmen der ihnen gegenüber unseren Verhältnissen obliegenden Zurückhaltung überschreiten, so wird sie ebenfalls prüfen, welche Folgerungen daraus nach Lage der Sache gezogen werden müssen.

Deutsch-Osterreich über die Unterwerfung.

Eine Erklärung des Staatsrates.

Wien, 4. November.

Der Staatsrat für Deutsch-Osterreich hat gestern eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß nach der Auflösung der Armee, deren kaisertum-magnatische Teile nicht weiterkämpfen wollen, Deutsch-Osterreich allein den Kampf an der Seite Deutschlands nicht fortsetzen könne. Demnach verharre Deutsch-Osterreich in der Treue zu Deutschland und will die Friedensverhandlungen in engstem Einvernehmen mit dem Deutschen Reich führen. Der Staatsrat erklärt schließlich, daß er die deutschen Gebiete Südtirols, deren Beilegung durch Italien es nicht verhindern kann, als einen unabtrennbaren Bestandteil des deutsch-österreichischen Staates betrachtet, und daß die vorübergehende Okkupation dieser Gebiete das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Südtirols nicht aufheben kann.

Auflösung der deutschen Militärvertretung in Wien.

Die bisherige deutsche Militärvertretung beim k. u. k. Kriegsministerium in Wien, welcher der deutsche Militärattaché Generalleutnant Franke vorstand, wird sich auflösen. Schon ist eine Reihe von Offizieren abgereist, andere werden folgen, und nur eine geringe Zahl von Offizieren dürfte zurückbleiben für den Fall, daß die Regierung in Berlin beschließen sollte, eine Militärvertretung bei der neugebildeten deutsch-österreichischen Regierung zu beglaubigen.

Ende des k. u. k. Hofstaates.

Die Nachricht von der bevorstehenden Auflösung des Hofstaates und der Entlassung der Gardien entwirft den Laifachen. Dagegen ist die Nachricht von einer angeblich vor einigen Tagen mit dem Ziele Budapest Reise des Kaisers nicht richtig.

Die werdende Republik Ungarn.

Das ungarische Abgeordnetenhaus wird demnächst zu einer Sitzung zusammenkommen, um weitere Maßnahmen zu beschließen. Ministerpräsident Karolyi, der bis auf weiteres auch das Ministerium des Innern verwaltet, ist aus dem Rat des Nationalrates ausgeschieden. An seiner Stelle hat Stadtschreiber Johann Kod, ein ausgezeichnete Parla-